

# Über Staatsschulden

## Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Lucas Zeise

---

Die Staatsschulden sind zu hoch. Dieser Aussage stimmen rechte und linke Politiker und Ökonomen, ja auch Marxisten zu. Zu hoch vor allem im Vergleich zu weniger krisenhaften Zeiten. Die Höhe der Staatsschulden ist nicht die Ursache für die Probleme der kapitalistischen Welt, sondern ein Zeichen dafür, dass es nicht weitergeht wie bisher, dass wir es mit einer Krise zu tun haben. Nur während der beiden Weltkriege und unmittelbar danach waren die Staatsschulden in den kapitalistischen Volkswirtschaften höher, als sie jetzt sind. Betrachtet wird die Höhe der Staatsschulden im Verhältnis zur (jährlichen) Wirtschaftsleistung. Das sind die berühmten Staatsschuldenquoten. Die Statistikbehörde Eurostat der EU teilte am vergangenen Mittwoch mit, dass diese in der EU im ersten Quartal des Jahres weiter gestiegen ist: von 92 auf 92,9 Prozent am EU-Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Nur zur Erinnerung: 60 Prozent des BIP sollten die Staatsschulden nicht überschreiten, wenn sich ein Land zur Teilnahme am Euro qualifizieren wollte. Warum 60 Prozent? Man weiß es nicht. Vermutlich weil Deutschlands Quote 1992 zur Zeit des Maastricht-Vertrages, als der Euro so desaströs vertraglich festgelegt wurde, gerade um die 60 Prozent betrug. Die Staatsschuld Spaniens war weit geringer, die Italiens und Belgiens weit höher als 60 Prozent. Trotzdem wurden Italien und Belgien schon im ersten Anlauf zum Euro zugelassen. Warum? Weil eine Währungsunion ohne die drittgrößte Volkswirtschaft Italien ziemlich witzlos gewesen wäre, und weil in Belgien die Großkonzerne Logistik- und Fertigungszentren unterhalten, die keinesfalls von Währungsschwankungen abgehängt werden sollten. Ein weiterer Grund war, dass selbst die Erfinder der Maastricht-Kriterien wussten, dass die Staatsschuldenquote allein wenig über die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft aussagt. Die niedrigste Quote in der EU hat laut Eurostat heute Estland mit nur 10,5 Prozent. Die frühere Sowjetrepublik begann 1991 als Staat mit null Schulden. Zu Beginn der großen Wirtschaftskrise 2008/09 brach das BIP um 20 Prozent ein, die Regierung kürzte Renten, Löhne und Sozialleistungen, und die Menschen wanderten aus. Die modellhaft neoliberale Politik findet aber den Beifall der EU-Spitze und besonders der deutschen Regierung.

2008/09 schnellten die Staatsschulden überall auf der Welt nach oben. Die Verbindlichkeiten der Banken wurden übernommen, die Steuereinnahmen sackten ab und Ausgabenprogramme zur Stützung der Konjunktur kosteten Geld. Knapper gesagt, ein Großteil der privaten Schulden wurde vom Staat übernommen. Die Entlastungswirkung staatlicher Schuldenmacherei kann nicht überschätzt werden. Wenn in Zeiten der Krise niemand mehr Schulden aufnehmen will, greift der Staat selber zu. Er kann sich bei sich selbst verschulden, wenn ihm die Zentralbank gehört, was – armes Griechenland – nicht überall der Fall ist.

---

<http://www.jungewelt.de/2015/07-25/022.php>